



23. Oktober 2014

Positionspapier der *FDP.Die Liberalen Baselland*

Steuer- und Finanzpolitik

www.fdp.ch

Grundsätze der Steuer- und Finanzpolitik – Gesunde Kantonsfinanzen dank intelligenter Investitionspolitik, sorgfältiger Ausgabenpolitik und mittelstandsfreundlichem Steuersystem

Durch eine ausgewogene Steuer- und Finanzpolitik sollen Einnahmen und Ausgaben des Kantons im Gleichgewicht sein und dadurch die Aktionsfähigkeit und den Handlungsspielraum der Regierung gewährleisten. Der notwendige Unterhalt und ein sinnvoller Ausbau der Infrastruktur sollen budgetiert und sichergestellt sein. Dies fördert die Standortattraktivität und ermöglicht eine Verbesserung des Steuersubstrats und damit höhere Einnahmen. Andererseits werden eine kostenbewusste Ausgabenpolitik und die Fokussierung der Verwaltung auf ihre Kernaufgaben erwartet. Die konsequente Einhaltung einer Schuldenbremse unter Berücksichtigung der Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes ist eine weitere Voraussetzung zur Erreichung gesunder Kantonsfinanzen. Die Ausgaben sind den Einnahmen anzupassen, nicht umgekehrt. Eine straffe Finanzpolitik bedingt zudem eine engagierte Einflussnahme auf die Gesamtpolitik, auf alle Direktionen, namentlich auf die Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Personalpolitik. Mittels einer bürgerfreundlichen Steuerpolitik soll erreicht werden, dass sich Leistung für alle, für Unternehmen, Arbeitnehmer, Sozialleistungsempfänger und auch für den Mittelstand lohnt. Eine gesunde Finanzpolitik ist Voraussetzung für die Attraktivität der Region Nordwest Schweiz.

Forderungen der FDP.Die Liberalen Baselland

Finanzpolitik

Um gesunde Kantonsfinanzen zu erreichen, muss die Regierung mit den finanziellen Ressourcen wirkungsvoll und effizient umgehen und sicherstellen, dass der Kanton nicht mehr ausgibt, als er einnimmt. Die Sicherung des Haushaltsgleichgewichts ist von zentraler Bedeutung. Im Zusammenhang mit dem Budget sollen Aufgabenüberprüfung und Kostenabgeltungen durchgeführt werden. Subventionen sollen regelmässig überprüft und grundsätzlich nur auf Leistungsvereinbarungen von wertschöpfenden und werterhaltenden Prozessen ausgerichtet werden, nicht auf Kosten. Mittels einer langfristigen Liquiditätsplanung künftiger Erträge sollen vorgesehene Ausgaben abgeglichen werden mit dem Ziel, laufende Ausgaben im Rahmen der Erfolgsrechnung und nicht auf Kosten des Eigenkapitals zu tätigen. Damit wird die Krisenresistenz des Kantons gestärkt. Das Wünschbare ist dem Machbaren zu unterordnen.

Die FDP fordert

- 1. die Einführung einer Schuldenbremse unter Berücksichtigung der Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes**
- 2. mit jedem Ausgaben-/Investitionsantrag zwingend die Vorlage der Finanzierung**
- 3. die Schaffung eines eigentlichen Cash-Managements, das höchste Effizienz bei der Liquiditätsplanung und -bewirtschaftung sicherstellt.**

Investitionen

Der Kanton Basel-Landschaft ist trotz negativer Ertragsrechnung grundsätzlich solide finanziert. Er hat aber wenig Spielraum für Neuinvestitionen. Aufgrund der Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse hat die Neuverschuldung stark zugenommen. Eine Haushaltssanierung kann aber nicht nur durch Sparen erreicht werden. Mit gezielten Investitionen soll der Unterhalt und Ausbau von Infrastruktur und Verkehr gefördert und durch den Erhalt und die Erschliessung geeigneter Standorte die Wirtschaftsattraktivität und somit die Einnahmen angekurbelt werden. Die hierzu benötigten Finanzmittel soll der Kanton unter Umständen auf dem Kapitalmarkt aufnehmen können.

Die FDP fordert

- 4. mittels einer konstanten und zielgerichteten Investitionspolitik eine funktionstüchtige und zweckmässige Infrastruktur sicher zu stellen**
- 5. eine langfristige Investitionsplanung, mit dem Ziel, den Handlungsspielraum des Kantons zu vergrössern und durch eine Steigerung der Standortattraktivität mehr Steuersubstrat zu generieren.**

Steuern

Bei der Ausgestaltung des Steuersystems besteht im Kanton Basel-Landschaft Handlungsbedarf. Die Steuerpolitik muss investitions- und innovationsfreundlich ausgestaltet sein. Es müssen steuerliche Anreize bestehen, damit Unternehmerinnen und Unternehmer Geld aus ihren gut kapitalisierten Unternehmen weiter investieren und so wirtschaftliches Wachstum ermöglicht wird. Dazu gehört auch, dass das Steuersystem möglichst einfach und übersichtlich ausgestaltet ist

Während bei der letzten Steuerreform Ehepaare, Familien, Rentnerinnen und Rentner steuerlich entlastet wurden und die weitgehende Steuerbefreiung von Personen am Existenzminimum eingeführt wurde, ist

die Vermögenssteuer im Kanton Basel-Landschaft im interkantonalen Vergleich zu hoch. Darunter leiden auch der obere Mittelstand und insbesondere Unternehmerinnen und Unternehmer, bei welchen das Unternehmen zum Privatvermögen gehört. Das führt dazu, dass vermögende Personen den Kanton Basel-Landschaft verlassen und der Kanton gute Steuerzahler verliert. Die FDP verlangt deshalb die Umsetzung einer längst überfälligen Vermögenssteuerreform mit einer markanten Senkung der Vermögenssteuern auf ein interkantonales Durchschnittsniveau und bei der Einkommenssteuer eine Milderung der Progression.

Die FDP fordert

- 6. eine regelmässige Überprüfung und Anpassung der Vereinfachung des Steuersystems und der Steuererklärung**
- 7. eine Vermögenssteuerreform und bei der Einkommenssteuer eine Milderung der Progression.**

Verwaltung

Die FDP erwartet von der Kantonsverwaltung, dass sie mit den Steuergeldern wirkungsvoll umgeht und unternehmerisch handelt. Dazu gehört, dass nicht nur die Aufgaben sondern auch die allgemeinen Verwaltungskosten regelmässig überprüft werden. So muss das stetige Wachstum der Personalkosten gestoppt werden. Die FDP lehnt den heute geltenden, automatischen Lohnstufenanstieg auch ohne offensichtliche Leistungssteigerung oder Verantwortungsübernahme der entsprechenden Mitarbeitenden ab. Es ist eine rigorose Streichung sämtlicher Automatismen durchzusetzen. Durch die Fokussierung auf ihre Kernaufgaben soll eine Verschlankung der Verwaltung und eine Effizienzerhöhung erreicht werden. Dies bewirkt eine Reduktion der Personalkosten. Das Personalrecht soll weiter an das Obligationenrecht (OR) angenähert werden. Diese Entwicklung findet bereits schweizweit statt und soll auch im Kanton Basel-Landschaft Einzug finden.

Die FDP fordert

- 8. eine regelmässige Aufgabenüberprüfung und eine Fokussierung der Verwaltung auf ihre Kernaufgaben und die Verabschiedung von überlieferten, strukturerhaltenden Aufgaben**
- 9. eine Gewährung einer Lohnerhöhung ausschliesslich aufgrund übertroffener Zielvereinbarungen.**

Sozialleistungen

Ein gut und richtig funktionierendes Sozialhilfesystem ist wichtig. Missbrauch zu ahnden und zu verhindern muss eine Daueraufgabe des Staates sein. Damit das Sozialsystem auch in Zukunft weiter funktionieren kann, fordert die FDP, dass die Sozialhilfegesetzgebung regelmässig überprüft wird, damit Schlupflöcher schnell geschlossen werden können.

Die FDP fordert

- 10. eine konsequente Ahndung von Missbräuchen bei den Sozialleistungen**
- 11. eine regelmässige Überprüfung der Sozialhilfegesetzgebung, damit Schlupflöcher schnell geschlossen werden können.**